Rede von Bürgermeisterin Mechtild Schulze Hessing zur Haushaltseinbringung 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vorstandskollegen und Kolleginnen und Kollegen aus dem Rathaus,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und -vertreter!

Ich könnte meine Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen mit dem Hinweis, dass alles noch schlimmer geworden ist.
Der brutale, menschenverachtende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hält weiter an und ist fast zum Alltag geworden mit wenig Aussicht auf eine Beendigung, im Gegenteil, die Gewaltspirale dreht sich immer weiter. Hinzu kommt der sich weiter ausdehnende Krieg im Nahen Osten auf den wir alle voller Sorge und Betroffenheit schauen. Wie sich die vermeintliche Weltordnung entwickelt, ist fraglich mit Blick über den großen Teich und den noch ungewissen Ausgang der

Wahlen in den USA. Demokratische wie humanitäre Werte sind keine selbstverständliche Handlungsmaxime mehr.
Und das macht sich auch in Deutschland bemerkbar und wirkt bis in unsere Stadt.
Wir haben als Stadtgesellschaft Anfang des Jahres durch unsere Demonstration für Demokratie sehr deutlich gezeigt, dass wir zu unserer Demokratie und den demokratischen Werten stehen und bereit sind, dafür einzutreten. Dem sind einige weitere Veranstaltungen auch mit viel Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger gefolgt und wir werden diesen Kurs gemeinsam im nächsten Jahr fortsetzen.

Denn die Kommune ist die Basis unseres demokratischen Systems, hier findet das alltägliche Leben der Menschen statt und hier zeigt sich, wie wehrhaft unsere Demokratie ist. Lassen Sie uns weiterhin geschlossen dafür eintreten, dass wir durch faire und sachliche politische Diskussionen die bestmöglichen Entscheidungen für unsere Stadt treffen.

Damit eine Stadt sich im Sinne ihrer Bürgerinnen und

Bürger entwickeln kann, benötigt sie eine ausreichende Finanzausstattung und zu Ende gedachte und umsetzbare gesetzliche Rahmenbedingungen von Land und Bund.

Doch das Gegenteil ist der Fall:

Noch nie war die Finanzsituation der Kommunen so schlecht wie im Augenblick. Ursächlich für diese dramatische Situation ist in erster Linie nicht die augenblickliche Einnahmesituation (die bereinigten Einnahmen aller Kommunen sind im ersten Halbjahr 2024 um 3,3% gestiegen). Allerdings müssen wir uns auch hier in der näheren Zukunft große Sorgen machen, wie die ganz aktuelle Steuerschätzung belegt.

Unser Problem sind die Ausgabensteigerungen mit 9%! Ausgabentreiber waren vor allem die Sozialleistungen (+12,5 % bzw. 4,6 Mrd. Euro). Hauptgrund waren Anpassungen der Regelsätze im Bereich der Sozialhilfe und im Bürgergeld zum 1. Januar 2024.

Die stufenweise Umsetzung der Reform der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII ließ diese Leistungen um 17,4 Prozent auf rund 9,0 Mrd. Euro steigen (hier vor allem der

Anspruch auf Inklusionslotsen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen). Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB IX erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15,1 Prozent auf 11,2 Mrd. Euro. Darüber hinaus stiegen die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII um 11,3 Prozent auf 10,3 Mrd. Euro.

Die kommunalen Leistungen nach SGB II (vor allem KdU) stiegen weiter kräftig um 7,0 Prozent auf 7,5 Mrd. Euro an. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz lagen hingegen nahezu unverändert bei 1,9 Mrd. Euro (+1,7 %).

Die Personalausgaben stiegen infolge des Tarifabschlusses ebenfalls mit +9,1 Prozent auf nunmehr 40,5 Mrd. Euro nach dem ersten Halbjahr deutlich an. Die Steigerungsraten lagen bei den laufenden Sachaufwendungen bei +7,1 Prozent (auf 35,2 Mrd. Euro) und bei den Sachinvestitionen bei +5,9 Prozent (auf 18,6 Mrd. Euro).

Forderungen der BürgermeisterInnen zur Flüchtlingskrise

Leider müssen wir feststellen, dass alle belegten Forderungen bislang weitgehend ungehört verhallen. Alle arbeiten so weiter, als wenn sich nichts verändern würde. Unser Brandbrief zur Flüchtlingskrise im vergangenen Herbst wurde zur Kenntnis genommen. Seitdem haben sich die Zuweisungszahlen sogar um 50% erhöht. Die Bezahlkarte ist immer noch nicht da.

Im Forderungskatalog des Städte- und Gemeindebundes findet die dringende Mahnung, eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen und nicht noch weitere Verpflichtungen ohne Gegenfinanzierung wie z.B. den Ausbau der OGS zu beschließen. Reaktion: Fehlanzeige.

Ich habe im vergangenen Jahr bereits darauf hingewiesen, dass der Staat in Summe mehr verspricht als er halten kann. Diese Botschaft ist noch nicht angekommen…

Ich warne aber weiter dringend davor, das einfach nur als vorgegeben hinzunehmen und nicht zu reagieren. Noch haben wir in unserer Region die Chance, die Handlungshoheit zu behalten. Das wird nicht mehr lange der Fall sein. Wenn einmal das Gefühl aufkommt, ohnehin nichts mehr ändern zu können und zu resignieren, sind wir in der Gefühlslage des großstädtischen Raums angekommen und verlieren jede Gestaltungsfreiheit. Auch wenn es weht tut: Wir müssen auf allen Ebenen jetzt handeln und nicht erst, wenn es nichts mehr zu handeln gibt. Das gilt auch in Bezug auf die kommunale Ebene. Wir müssen unsere Haushalte konsolidieren, um uns eine Handlungsfähigkeit in Zukunft zu erhalten. Insbesondere der Landschaftsverband und auch der Kreis Borken müssen hier mitziehen und ihre Prozesse und Strukturen überprüfen und Einsparungen generieren. Ein kontinuierliches Mehr an Aufwendungen kann die Ebene der Kommunen nicht mehr finanzieren. Das gilt ausdrücklich auch für die Stadtverwaltung.

Das ist der Übergang zum städtischen Haushalt:
Wir haben im Haushalt 2024 bereits ein Minus von 6,3 Mio. im Ergebnisplan ausgewiesen. In kommenden Jahr planen wir ein Minus von 6,1 Mio. Solche Werte sind nur in Übergangsjahren begrenzt zu vertreten. Dank guter Vorsorge und einer Ausgleichsrücklage können wir solche Werte noch akzeptieren.
Es ist allerdings ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der Haushalt erhebliche Risiken aufweist. Die Kreisumlage ist in der Planung mit einem Plus von 2,0 Mio. (=+10%) gegenüber der Festsetzung nach der aktuellsten Information möglicherweise deutlich zu niedrig angesetzt. Alle internen Ansätze wurden knapp kalkuliert. Die Steuereinnahmen können hoffentlich im erwarteten Maß realisiert werden.
Zum ersten Mal haben wir auf das Instrument des globalen Minderaufwands zurückgegriffen. Das bedeutet, dass wir schon planerisch davon ausgehen, dass im Laufe des Haushaltsjahres Verbesserungen eintreten. Es ist ein Hilfsinstrument aber auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit, wenn wir auf solche „Tricks“ zurückgreifen müssen und widerspricht unserer westfälischen

Mentalität. Aber was ist die Alternative?

Wichtig: Wir sind und bleiben (vorerst) handlungsfähig. Unser Haushalt ist entsprechend unserer vereinbarten Leitziel ausgerichtet.

Die beschlossenen Großprojekte in den Bereichen Infrastruktur (Feuer- und Rettungswache, Schulen, Rathaus...) werden solide finanziert umgesetzt und die im vergangenen Jahr beschlossene Investitionsobergrenze eingehalten. Neue Baugebiete werden erschlossen und die Schulen saniert. Unsere Kita-Landschaft ist hervorragend aufgestellt und die Planungen für ein neues Gewerbegebiet gehen voran. Es gibt viel zu tun, packen wir es gemeinsam an. Und lassen wir uns die Steuerung unserer Kommune nicht aus der Hand nehmen!

Und wie geht es denn unserer Familie Kuhm, die uns seit einigen Jahren bei der Haushaltseinbringung begleitet.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Norbert Nießing und dem Team der Kämmerei unter Leitung von Petra Tenostendarp für die Vorbereitung des Haushaltes und den wie immer dezidierten Vorbericht.